

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern  
Fraktion DIE LINKE

09.11.2022

**MdL Jeannine Rösler**

TOP 8

Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes  
für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz-SchulG M-V)**

- Drucksache 8/1484 –

Frau Präsidentin,  
meine Damen und Herren Abgeordnete,

um es gleich vorwegzunehmen: wir sind nicht der Meinung, dass mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf eine Verbesserung erreicht wird. Wir halten nichts davon, Bildungswege zu verbauen. Es ist zudem bezeichnend, dass die AfD Leistungsschwäche und Leistungsunwilligkeit als Hauptproblem der regionalen Schulen ausgemacht hat.

Sie schieben Probleme zu den Kindern und ihren Eltern ab – wir wollen Probleme lösen. Sie unterstellen mit ihren Vorschlägen den Kindern mangelnde Leistungsbereitschaft oder Dummheit. Das ist so nicht zu akzeptieren. Die Landesregierung und hier im Besonderen das Bildungsministerium arbeitet jeden Tag daran, die Lehr – und Lernbedingungen an allen Schulen zu verbessern, den Unterrichtsausfall zu minimieren und mehr qualifizierte Lehrkräfte an die Schulen zu bringen.

Sehen Sie sich die Studie zum Abbruch des Lehramtsstudiums an, die von Prof. Radisch von der Uni Rostock erarbeitet wurde. Aus der geht nämlich hervor, dass wir ein Problem gerade mit Abbrüchen im Lehramt Regionale Schule haben, insgesamt fast 80 Prozent der Studierenden brechen hier vor der Halbzeit ab, da müssen wir ran und das werden wir angehen.

Die große Novelle des Lehrerbildungsgesetzes wird noch in dieser Legislatur kommen, erst kürzlich haben wir mit der neuen Seiteneinstiegsverordnung auch ein zusätzliches Instrument geschaffen, um nicht grundständig ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen noch besser zu qualifizieren und erfolgreich an den Schulen des Landes einsetzen zu können.

Sie von der AfD wollen aussortieren - wir wollen mitnehmen und möglichst jeder Schülerin und jedem Schüler ein Maximum an Bildung zukommen lassen.

Unsere Prämisse ist „Keiner wird zurückgelassen“.

Ihre ist „Wer es nicht bringt, aus welchen Gründen auch immer, hat eben Pech gehabt“.

Bei Ihnen spielen sozialer Hintergrund der Familien und die Frage, wie und ob Eltern Unterstützung leisten können, auch finanziell mit Nachhilfe und anderen Ressourcen, keine Rolle.

Ihr Vorschlag ist der Versuch eines bildungspolitischen Roll-Backs, der glauben macht, man müsse nur an der Stellschraube Zugang zum Gymnasium drehen, um eine automatische Aufwertung der Regionalen Schule zu erreichen.

Das ist nicht der richtige Weg und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.